

Betreff: BIST-Tests/Schlussfolgerungen und
Konsequenzen



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im vorigen Schuljahr wurden im Auftrag des Unterrichtsministeriums und umgesetzt über das Bifi an den Pflichtschulen wieder sogenannte Bildungsstandard (Bifi)-Tests durchgeführt. Vereinfacht gesagt geht es bei diesen Tests darum zu hinterfragen, wie es um die Lese-, Schreib- und Mathematikkompetenzen bestellt ist. Eine gute und wichtige Maßnahme, durch die es möglich sein sollte, die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen, um die SchülerInnen für künftige Anforderungen zukunftsfit zu machen.

Was allerdings wenig verständlich ist, das sind die tatsächlichen Konsequenzen, die aus diesen Bist-Tests abgeleitet werden.

Mittlerweile müsste jedem auch nur halbwegs an Bildung interessierten Menschen bekannt sein, dass an unseren Schulen unter höchst unterschiedlichen Rahmenbedingungen gearbeitet wird. Da gibt es einerseits sogenannte Brennpunktschulen, an denen Klassen mit oft 100 Prozent Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache zu unterrichten sind. Dass in einer solchen Klasse mit 25 Kindern nicht annähernd mit „Vorzeigeschulen“ vergleichbare Ergebnisse erbracht werden können, sollte allen Beteiligten klar sein.

Umso weniger nachvollziehbar: Bei diesen BIST-Tests wird ganz offensichtlich darauf nicht eingegangen, und die einzige Konsequenz ist, dass Schulen, die bei den BIST-Tests schlechter abgeschnitten haben, seitens des Ministeriums dazu verpflichtet worden sind (und zwar per Weisung), ein spezifisches Weiterbildungsangebot zu absolvieren.

Mit Verlaub: Das wäre so, wie wenn ein Sebastian Vettel in ein Tretauto gesetzt würde und – weil er damit keinen Grand Prix gewinnt – einen Fahrtrainingskurs verordnet bekommt. Wobei unter der Hand zu hören ist, dass man auch die Pädagogischen Hochschulen, die mit diesen Fortbildungsmaßnahmen bzw. – in „schweren Fällen“ – mit begleitenden Unterstützungsmaßnahmen „betraut“ sind, alles andere als glücklich sind, da auch von dieser Seite die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit der Maßnahmen in Frage gestellt wird.

Was nicht weiter verwundert, sind doch ExpertInnen wie auch Betroffene überzeugt: Will man sogenannte Brennpunktschulen fördern, ist es kontraproduktiv, die dort arbeitenden, meist überaus engagierten DirektorInnen und LehrerInnen mit zwangsweiser Weiterbildung zu demotivieren – es wäre angebrachter, genau hinzuschauen, wie man diese Schulstandorte stärken kann: durch kleinere Klassenverbände, durch Teamteaching, durch bessere Ausstattung, Nachmittagsbetreuung etc. Ein solches Maßnahmenpaket würde man sich von einer verantwortungsvollen Bildungspolitik erwarten!

Jetzt ist selbstverständlich klar, dass die Stadt Graz als Schulerhalterin nicht die Aufgaben des Unterrichtsministeriums oder der Bildungsdirektionen übernehmen kann. Dennoch sollte die Stadt Graz - dies nicht zuletzt auch in Hinblick darauf, dass gute Bildung eine Zukunftsaktie darstellt und auch den Wirtschaftsstandort Graz stärkt – alle Möglichkeiten ausschöpfen und diese BIST-Tests zum Anlass nehmen, an allen Grazer Schulstandorten bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um allen Grazer Kindern eine gute Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, im Zuge Ihrer Koordinierungsfunktion zu veranlassen, dass als Konsequenz aus den BIST-Tests

1. seitens der zuständigen Stellen der Stadt Graz den als schlecht eingestuften BIST-Testergebnissen der einzelnen Grazer Pflichtschulen in Rückkoppelung mit den jeweiligen Direktoren/LehrerInnenvertreterInnen auf den Grund gegangen wird, um daraus ein Maßnahmenpaket der Stadt Graz zu schnüren, das unterstützende Leistungen der Stadt Graz an diesen Schulstandorten beinhaltet, wie eine bessere technische/materielle/finanzielle Ausstattung dieser Schulen, bei Bedarf mehr Schulsozialarbeit, Hilfspersonal etc. beinhaltet und
2. unter Einbindung von LehrerInnenvertretungen, VertreterInnen der Pädagogischen Hochschulen und aller Gemeinderatsfraktionen eine dringende Aufforderung an die künftige Bundesregierung ausgearbeitet wird, wie in Hinkunft seitens des Unterrichtsministeriums auf solche BIST-Tests reagiert werden sollte – nämlich
 - a) unter welchen Gesichtspunkten die Beurteilung erfolgen sollte,
 - b) welche Konsequenzen seitens der Schulen gezogen werden müssten,
 - c) aber auch, welche Sofortmaßnahmen seitens des Ministeriums gesetzt werden müssen, um die Rahmenbedingungen an den Schulen zu verbessern, etwa kleinere KlassenschülerInnenhöchstzahlen und/oder Teamteaching bei erhöhten Anforderungen etc.